

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 61/012/2018/1

Kreisausschuss am 28.06.2018

Zu Punkt 11: Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP)

Landrat Hendele verweist auf die ausliegende Ergänzungsvorlage, die die zwei im Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz vom 25.06.2018 beschlossenen Änderungen enthält. Der Ausschuss habe der modifizierten Vorlage einstimmig, bei 3 Enthaltungen von CDU, FDP und DIE LINKE., zugestimmt.

KA K. Müller kündigt seine Enthaltung an, da noch keine fraktionsinterne Beratung zu diesem Punkt erfolgen konnte.

Auch KA Völker und KA Kuchler kritisieren den späten Versand der Vorlage. KA Kuchler wird sich daher bei der Abstimmung ebenfalls enthalten.

KA Dr. Ibold zeigt sich über die Vorlage sehr erfreut, da er die Stellungnahme der Verwaltung unterstütze. Er werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen. Er betont, dass dies jedoch ausdrücklich nicht bedeute, dass er mit dem Landesentwicklungsplan einverstanden sei.

Auf Hinweis von KA Köster-Flashar, dass es für die Abgabe der Stellungnahme des Kreises eine Frist gebe, ergänzt Landrat Hendele, dass das Verfahren bis zum 15.07.2018 ausgelegt sei und eine Beschlussfassung im Kreistag am 09.07.2018 daher zeitlich ausreiche.

KA Janssen bewertet die Vorlage als sehr konstruktiv und erläutert kurz die von der SPD-Fraktion eingebrachten Änderungen aus der Fachausschusssitzung. Er hofft, dass nach den fraktionsinternen Beratungen der anderen Fraktionen der Kreistag die Vorlage einstimmig beschließen.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW eine Stellungnahme mit den Inhalten abzugeben, die unter Ziffer 3 dieser Vorlage dargestellt sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei 2 Enthaltungen der Fraktionen von FDP und DIE LINKE.

Kreistag am 09.07.2018

Zu Punkt 10: Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP)

KA Prüßmeier erläutert als Berichterstatterin das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz, der den Beschlussvorschlag modifiziert hat. Sie ergänzt, dass der Kreisausschuss der Ergänzungsvorlage einstimmig, bei 2 Enthaltungen der Fraktionen von FDP und DIE LINKE., zugestimmt habe.

KA Dr. Pannes teilt mit, dass sie sich aufgrund ihrer beruflichen Befassung mit dem Thema an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligen werde.

KA K. Müller wird der Vorlage zustimmen. Er äußert jedoch Bedenken bezüglich der Aufweichung der Regelung bezüglich der „Verspargelung“ der Landschaft durch Windkraftanlagen.

KA Köster kündigt an, sich der Stimme zu enthalten. Er vermisse u.a. eine ausführlichere Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der Vorranggebiete für die Windenergie und sowie zum Thema Nachtflugverbote.

KA Dr. Ibold betont seine ablehnende Haltung gegenüber dem Landesentwicklungsplan. Die Vorlage der Verwaltung begrüße er jedoch sehr. Vor allem der Erhalt des Landesziels, das tägliche Wachstum von Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahre 2020 auf 5 ha zu reduzieren, sei seiner Auffassung nach der richtige Ansatz zum Flächenschutz. Er bedauert, dass die Verwaltung aufgrund geringer Betroffenheit keine Stellungnahme bezüglich der Einführung eines Abstandes von 1.500 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten abgeben werde. Im Gegensatz zur Auffassung der Verwaltung sehe er eine direkte Betroffenheit in Ratingen und Langenfeld. Weiter verweist er auf einen Artikel der Rheinischen Post aus dem Pressespiegel vom 04.07.2018, aus dem hervorgehe, dass auf Bundesebene derzeit keine näheren Festsetzungen zu Abstandsflächen zwischen Wohnungen und Windkraftanlagen geplant seien. Die Bundesländer hatten die Möglichkeit, strengere Vorgaben bis Ende 2015 geltend zu machen, welches jedoch – dem Presseartikel zufolge – nur Bayern getan habe. Somit werde es für die Länder zukünftig keine Einrichtung von rechtssicheren Mindestabständen geben. KA Dr. Ibold kündigt an, dass seine Fraktion, mit Ausnahme einer Enthaltung, der Vorlage zustimmen werde.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW eine Stellungnahme mit den Inhalten abzugeben, die unter Ziffer 3 dieser Vorlage dargestellt sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 3 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE. sowie 1 Nichtteilnahme von KA Dr. Pannes